

Legitimität vs. Legalität?

Die Verfassungsumgehung durch Merz und die SPD rundet die groß angelegte Wählertäuschung ab.

Selbst die Mainstream-Medien sprechen angesichts der Volte des Friedrich Merz von, „Wir verteidigen die Schuldenbremse!“ im Wahlkampf, zu „Wir schaffen Sondervermögen mit 900 Milliarden Schulden“ – von Wählertäuschung oder gar Wahlbetrug. Wundersam ist, dass sich innerhalb der CDU/CSU nicht nur kein Widerstand regt, sondern die Bundestagsfraktion einstimmig dieses Manöver des Kanzlers in spe Merz billigt.

Die CDU/CSU-SPD sollten sich keine Illusionen über die fatale Wirkung ihrer Manöver bei der Wählerschaft machen. Nach mehr als drei Jahren Ampelkoalition und 16 Jahren ununterbrochen Linkskurs von Angela Merkel hat die Politikverdrossenheit ein ungekanntes Ausmaß erreicht. Der Rückgang der CDU auf 28 % und der SPD auf 16 % der Wählerstimmen beschreibt faktenrobust das Schrumpfen der ehemaligen Volksparteien in der Mitte.

Hannah Ahrendt hat in ihrem Essay über Lügen in der Politik die damaligen Enthüllungen zu den Pentagon-Papieren als das charakterisiert, was sie waren: regierungsamtliche Täuschungen. So liegt der Fall auch hier. Dabei geht es nicht nur um den ehrgeizigen Wendehals Friedrich Merz, der zuvor im hohen Ton Prinzipienfestigkeit seiner Union – ein „Bestandteil meines Lebens“ O-Ton von Merz – verkündete, sondern darum, dass die Wähler zunehmend den Eindruck gewinnen: Egal was sie wählen, nach der Wahl machen Politiker ohnehin was sie wollen und meistens das Gegenteil, von dem was sie versprochen haben. Damit entsteht die zunehmende Gewissheit bei den Bürgern, überhaupt gar keine Wahloptionen mehr zu haben, sondern nur noch vorausgewählt durch Parteien den Stimmzettel „abgeben“ zu dürfen.

Wie aus den bekanntgewordenen internen Äußerungen von Merz deutlich wird, trug dieser sich seit geraumer Zeit mit einer „Reform der Schuldenbremse“. Nun hat er diesen Kurswechsel vollzogen und bekommt zwar die Zustimmung seiner Parteigranden, darf aber sicher sein, dass die Mehrheit der Bevölkerung derartige Manöver als Verhaltensmuster der Parteienoligarchie wertet.

Wertvoll ist ein Blick in die Voraussagen des damals bedeutendsten Philosophen der Bundesrepublik Deutschland Karl Jaspers, als er 1965¹ die Parteienoligarchie scharf angriff und ihr vorwarf sich an Stelle des Staates gesetzt zu haben, den Wählern keine Wahloption mehr zu lassen und Wahlen nur noch als Legitimation ihrer Herrschaft zu sehen.

¹ Wohin treibt die Bundesrepublik, München 1965

Wenn man die Verhältnisse heute mit denen von 1965 vergleicht, so wird man leider feststellen müssen, dass sich die Dinge dramatisch verschlimmert haben. Hinzu kommt nun der Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in die Hoch-Schuldenliga der Europäischen Union. Der alte Bundestag trotz völlig geänderter Mehrheitsverhältnisse stimmt über ein Schuldenprogramm ab, das der neue Bundestag in seiner Zusammensetzung nicht hätte beschließen können. Eilig herbeigerufene Ex-Bundesverfassungsrichter bescheinigen dem alten Bundestag die rechtliche Befugnis, auch über Verfassungsänderungen abstimmen und diese rechtswirksam beschließen zu können.

An der Legalität der im Bundestag stattfindenden Zustimmung über die Einrichtung von Sondervermögen und die Änderung der Schuldengrenze für Verteidigungsausgaben ist nicht zu zweifeln. Indessen ist die demokratische Legitimität dieses Vorgangs fraglich. Wie kann ein Bundestag mit einer Mehrheit, die nach den Wahlen des 23. Februar nicht mehr existiert, den neuen Bundestag hinsichtlich einer so massiven Neugestaltung der Finanzverfassung binden?

Das parlamentarische Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland scheint keinerlei Regeln mehr zu kennen. Der Geist der Gesetze, von dem Montesquieu einst sprach, scheint den Parteipolitikern völlig abhandengekommen zu sein. So landet nun durch eine Partei wie die Grünen, die in der Wahl am 23. Februar gewaltig abgestraft worden sind, der Grundsatz der Klimaneutralität – was immer das auch sein mag – im Grundgesetz. Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland ist nicht nur aus den Fugen geraten. Es hat den Zenit seiner Leistungsfähigkeit längst überschritten.

Es ist unnötig über Einzelmaßnahmen zu diskutieren und ihre Absurdität zu geißeln. Aus dem Sumpf des Parteienparlamentarismus gestützt auf das Verhältniswahlrecht kann nichts Gedeihliches entstehen. Deutschland braucht eine neue Verfassung.